



Support aus Bern für die Ständeratskandidatin Daniela Schneeberger

Einblick Karin Keller-Sutter sprach im FDP-Sommertalk darüber, wie sich ihr Leben als Bundesrätin verändert hat.



Christian Keller im Gespräch mit Karin Keller-Sutter (Mitte) und Daniela Schneeberger. Foto: Dominik Plüss

Alex Reichmuth

Das Wetter an diesem Sommerabend war bestens und die Verpflegung auf dem Klushof in Aesch vorzüglich: Bundesrätin Karin Keller-Sutter trat am Donnerstag im Sommertalk der FDP Baselland auf, um ihre Parteikollegin Daniela Schneeberger im Wahlkampf um den Einzug in den Ständerat zu unterstützen. Keller-Sutter gab dabei einige Einblicke in ihren Alltag als Mitglied der Regierung, der sie erst seit Anfang Jahr angehört.

Ja, ihr Leben habe sich seit der Wahl in den Bundesrat schon verändert, meinte Keller-Sutter auf die entsprechende Frage von Moderator Christian Keller («Prime News»). Eine wichtige Änderung sei, dass sie während der Woche nicht mehr in St. Gallen, sondern in Bern wohne. In ihrem Büro hänge ein Bild des Säntis, und sie freue sich jeweils vor dem Wochenende «wie eine Internatschülerin», zurück in ihren Heimatkanton reisen zu können.

Es sei ihr wichtig, den Kontakt

zu den Leuten im Land nicht zu verlieren, betonte Keller-Sutter. Für das sei sie viel im Zug unterwegs, vor allem von St. Gallen nach Bern – auch weil die Reiseerei im Auto wegen der vielen Staus «grauenhaft» sei. «Man muss versuchen, ein einigermaßen normales Leben zu führen», meinte die Bundesrätin. Das sei nicht ganz einfach, weil sie ständig viele Begleiter um sich habe. Um mal alleine in einem Coop einkaufen zu können, müsse sie sich jeweils richtiggehend gegen ihre Berater durchsetzen.

«Viel unaufgerechter»

Ganz so grosse Veränderungen werden auf Nationalrätin Daniela Schneeberger nicht zukommen, falls sie im Herbst in den Ständerat gewählt werden sollte. «In der kleinen Kammer wird viel unaufgerechter politisiert», strich Schneeberger hervor. Die pragmatische, lösungsorientierte Art passt zu ihr. Sie sei zwar

als harte Verhandlerin bekannt, aber Kompromisse müssten immer möglich sein. Auch sei man in der kleinen Kammer in erster Linie Vertreterin des Kantons und weniger der eigenen Partei. «Ich werde alles daransetzen, das Baselbiet gut zu vertreten», versprach Schneeberger.

«Sorgfältig vorgehen»

Am Sommertalk kamen auch einige politische Themen zur Sprache – insbesondere die Verhandlungen der Schweiz mit der EU für ein Rahmenabkommen geben zu reden. «Ich verstehe den Druck der Wirtschaft, dieses Abkommen zu unterzeichnen», sagte Karin Keller-Sutter. «Aber wir müssen sorgfältig vorgehen, damit in der Volksabstimmung eine Mehrheit für den Vertrag zu bekommen ist.» Es sei darum wichtig, dass die umstrittenen Punkte Lohnschutz, Unionsbürgerschaft und staatliche Beihilfen mit der EU geklärt werden könnten. Hin-

Basler Zeitung

Basler Zeitung / Bildung
4002 Basel
061/ 639 11 11
bazonline.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 43'688
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 28
Fläche: 45'719 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 320.222

Referenz: 74600576
Ausschnitt Seite: 2/2

sichtlich einer Unterzeichnung des Abkommens seien auch die Parlamentswahlen in der Schweiz sowie der anstehende Brexit von Grossbritannien zu berücksichtigen.

Daniela Schneeberger betonte zum Thema Rahmenabkommen zwar, dass gerade die Exportregion Basel ein hohes Interesse an einem geregelten Verhältnis der Schweiz zu Europa habe. Aber es müssten noch einige Punkte geklärt werden, bevor man zustimmen könne. «Die Schweiz ist der drittgrösste Handelspartner der EU, wir sollten uns nicht unter unserem Wert verkaufen», mahnte Schneeberger.

Nicht ganz einig waren sich Bundesrätin Keller-Sutter und Nationalrätin Schneeberger bezüglich der von der Landesregierung aufgegleisten AHV-Reform. Während Keller-Sutter hervorstrich, dass die vorgesehene Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre ein Zeichen der Zeit sei, kritisierte Schneeberger die Vorlage wegen der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Sanierung der AHV. «Hier zeichnet sich eine weitere Umverteilung ab. Die AHV soll auf dem Buckel der Jungen saniert werden, das geht nicht.»